

Appell an Ihr berechtigtes Misstrauen!

Ja zur Demokratie - Nein zur "Ja zur EU-Initiative"



Die EU ist pseudodemokratisch

Ein Beitritt zur EU würde eine massive Einschränkung der direkten und der parlamentarischen Demokratie in der Schweiz bedeuten. Laut einer Studie, die im Auftrag des Bundesrates durchgeführt wurde, würde mehr als die Hälfte der Gesetzgebungskompetenzen im Falle eines Beitritts an die EU abgetreten.

Den massiven Demokratieverlust versuchen die EU-Beitritts Befürworter durch den Hinweis zu entkräften, wir müssten in Brüssel mitreden. Allerdings mischen in Brüssel Bundesräte und Chefbeamte mit, und nicht die stimmberechtigte Bevölkerung. Es ist der Bundesrat, der durch einen EU-Beitritt etwas Souveränität hinzugewinnen würde (die Schweiz hätte einen Stimmenanteil von weniger als 3%!). Es braucht nicht viel Vorstellungskraft, um zu erkennen, dass die schweizerischen Interessen (welche?) kaum erfolgreich durchgesetzt werden können.

Die EU ist schlecht für die Wirtschaft

Bei einem EU-Beitritt müsste die Schweiz den Franken und damit eine eigenständige Konjunktur- und Geldpolitik aufgeben. Eine 1998 erstellte Studie des Basler Konjunkturforschungsinstitutes (BAK) kommt zum Schluss, dass es vor allem wegen der autonomen Geld- und Währungspolitik für die Schweiz besser ist, sich nicht in die EU einzubinden.

Ein EU-Beitritt fördert die Korruption

Die EU-Kommission musste 1999 demissionieren, weil ein mutiger Beamter nicht länger schwieg und das EU-Parlament über die Missstände informierte. Die EU-Kommission musste zwar zurücktreten, die milliarden-schwere Misswirtschaft, Korruption und Begünstigung

Die stimmberechtigte Bevölkerung würde jedenfalls massiv an Souveränität verlieren. Es entfallen die Kontrollmöglichkeiten (Referendum) und die Mitbestimmungsrechte (Initiative) in den Kompetenzbereichen, die an Brüssel abgetreten werden. Die Bürgerin und der Bürger – nicht nur in der Schweiz – wird in der EU Opfer einer zentralistisch orientierten EU-Politiker-Kaste die hinter verschlossenen Türen (EU-Ministerrat, EU-Kommission) eine Unmenge von Gesetzen erlässt. Diese EU-Organisation wird im Laufe der nächsten Jahre immer mehr Kompetenzen an sich reissen und damit die nationalen Parlamente, die Bevölkerungen, die Regionen in allen wichtigen Fragen entmachten.

Man muss nicht ein rückwärts gerichteter Isolationist sein, um zu erkennen, dass die direkte Demokratie das beste System ist, um die Mächtigen in Politik und Wirtschaft durch die Bürgerinnen und Bürger (einigermassen) zu kontrollieren.



Die Mehrwertsteuer muss bei einem Beitritt zur EU zwingend auf 15% angehoben werden. Das wird die Teuerung massiv erhöhen. Die Zinsen steigen und die Investitionstätigkeit nimmt ab. Es ist zumindest eine kleine Rezession zu erwarten.

Die Autonomie der Nationalbank wird aufgehoben und die Europäische Zentralbank wird über die schweizerischen Währungsreserven verfügen.



geht aber weiter. Der Beamte durfte seine Stelle in der EU-Bürokratie nur behalten, weil er sich verpflichtete, fürderhin zum Fall zu schwelen. Wo eine direkt-demokratische Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger fehlt, kann sich Korruption fast ungehindert ausbreiten.



Noch können sie sich mit dem Stimmzettel gegen den massiven Verlust Ihres direkt-demokratischen Einflusses wehren. Nutzen Sie diese Chance und stimmen Sie spätestens am 3. März Nein zur "Ja zur EU"-Initiative.

Ein EU-Beitritt ist unsozial

Ein EU-Beitritt würde eine jährliche, milliardenschwere Umverteilung von tieferen zu höheren Einkommen bedeuten. Die Erhöhung der unsozialen Mehrwertsteuer auf das Doppelte (15%) würde vor allem die tieferen Einkommen belasten, da diese gewöhnlich das gesamte Einkommen für Konsum ausgeben (müssen). Die Nettozahlung an die EU (laut Integrationsbericht 3.125 Milliarden Franken pro Jahr) wird über Steuergelder berappt. Zuletzt wäre mit einer Anhebung des Zinsniveaus

zu rechnen (ca. 1.5% - 2%). Die entsprechenden Mietzinserhöhungen würden erneut besonders die niedrigen Einkommen belasten. Der gesamte, milliardenschwere Kaufkraftentzug, der dadurch jährlich den unteren Einkommensschichten auferlegt wird, hätte wiederum negative wirtschaftliche Auswirkungen (Sinken der Nachfrage, Druck auf die Löhne, Arbeitslosigkeit). Alle diese Fakten können dem Integrationsbericht des Bundesrates vom 3. Februar 1999 entnommen werden.



Es geht ja nur um Verhandlungen!?

Es ist schon heute klar, was bei EU-Verhandlungen herauskommt. Die EU verlangt von allen neuen Mitgliedern die bedingungslose Übernahme des Acquis

Communautaire. Es handelt sich um mehr als 20 000 (!) Seiten Gesetze. Die Demokratieverluste und die unsoziale Umverteilung stehen schon heute fest.



Was die EU ist:

Die EU ist ein Grossmachtprojekt zwecks Sicherung von Absatzmärkten und Rohstoffzufuhr. Im Verlaufe der 90er Jahre ist dieser Aspekt, der für Interessierte immer schon offenkundig war, auch von offizieller EU-Seite zunehmend in den Vordergrund gerückt worden: Laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen "europäischen Verteidigungspolitik" darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente ... dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3). Die Schweiz würde durch die Beteiligung am EU-Grossmachtprojekt dieses stärken, was weder für den Weltfrieden noch für die "Entwicklungsländer" positiv ist.

Um den Grossmachtcharakter der EU zu verdecken, wird sie als Friedensprojekt getarnt.

Die EU ist ein Projekt, um wichtige Entscheidungen der demokratischen Kontrolle der Bevölkerungen der Mitgliedstaaten zu entziehen. Hinter verschlossener Tür können die Regierungen – unter Einfluss der Multis und unter Missachtung der Gewaltentrennung – Gesetze schaffen, die in den Parlamenten der Mitgliedstaaten ohne den Druck der EU kaum Erfolgsaussichten gehabt hätten. So konnte etwa die massive Deregulierung im Interesse der Multis nur im Rahmen der EU erfolgen.

Um den antidemokratischen und multifreundlichen Charakter der EU zu verdecken, wird die EU als Projekt zwecks künftiger demokratischer Kontrolle der Multis und der deregulierten Wirtschaft getarnt.

Sich regelmässig und ohne euronationale Propaganda über EU-Fragen orientieren!

EUROPA-MAGAZIN
Zeitschrift für direkte Demokratie, Selbstbestimmung und internationale Zusammenarbeit
<http://www.europa-magazin.ch> Postfach, 8048 Zürich

Auf unserer Homepage finden Sie weitere detaillierte Diskussionen der Vorwände der EU-Beitrittsbefürworter.

Herausgeber:
Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial
Die Mitte-Links-Opposition zum EU-Beitrittskurs des Bundesrates.
Postfach 8048 Zürich
Tel: 031 731 29 14
Fax: 031 731 19 13
e-mail: forum@europa-magazin.ch